S 12 BA 1532/20

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Betriebsprüfungen

Abteilung 11.
Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Leitsätze Der Geschäftsführer einer GmbH, deren

alleiniger Gesellschafter ein

eingetragener Verein ist, ist abhängig beschäftigt. Der Umstand, dass der GmbH-

Geschäftsführer auch

alleinvertretungsberechtigtes Mitglied des

aus drei Personen bestehenden

Vereinsvorstandes ist, begründet keine

selbstständige Tätigkeit.

Normenkette SGB 4 § 28p Abs 2

SGB 4 § 7 Abs 1

1. Instanz

Deskriptoren

Aktenzeichen S 12 BA 1532/20 Datum 09.09.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 11 BA 3282/21 Datum 23.05.2023

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des KlĤgers gegen das Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 09.09.2021 wird zurļckgewiesen.

Auà ergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Tatbestand

Streitgegenstand ist die im Rahmen einer Betriebsprýfung bei der G1 (im Folgenden: Beigeladene) gegenüber dem Kläger getroffene Feststellung, dieser

sei im Zeitraum vom 13.01.2014 bis 28.07.2015 in seiner TĤtigkeit als GeschĤftsfļhrer der Beigeladenen versicherungspflichtig in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Im Jahre 2013 gründete sich der (im Folgenden: der Verein). Die Satzung des Vereins vom 27.08.2013 in der Fassung vom 05.11.2013 lautet auszugsweise wie folgt:

§ 1 Name und Sitz

Der Verein fýhrt den Namen Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden und trägt dann den Zusatz â∏e.V.â∏
Der Sitz des Vereins ist M1.

(â∐¦)

§ 3 Zwecke des Vereins

Zweck des Vereins ist die Förderung von MaÃ∏nahmen und Projekten, die der Wiederaufnahme des Linien- oder linienähnlichen Flugbetriebes von und nach M1 und in die Metropolregion R1 dienen. (â∏)

§ 4 Mitgliedschaft

Mitglied des Vereins kann jede nat $\tilde{A}^{1/4}$ rliche oder juristische Person oder Personenvereinigung werden, die bereit ist, die Ziele des Vereins zu f \tilde{A} ¶rdern. (\hat{a} \square !)

Die Mitgliedschaft betrĤgt mindestens 12 Monate und verlĤngert sich um jeweils weitere 12 Monate, wenn diese nicht vom Vereinsvorstand durch Mehrheitsbeschluss oder vom Mitglied gekündigt wird, vorbehaltlich der Sonderrechte gem. § 4 Abs. 12 der Satzung.

Auà er durch Kà ¼ ndigung endet die Mitgliedschaft durch Tod oder Ausschluss aus dem Verein, bei juristischen Personen mit deren Auflö sung.

Handelt ein Mitglied den Zwecken des Vereins zuwider oder ist es mit dem Mitgliedsbeitrag trotz zweifacher Mahnung in Verzug, so kann der Vorstand den sofortigen Ausschluss des Mitgliedes beschlieà en. (â ∤)

Gründungsmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit.

(â∐¦)

§ 7 Vorstand

Der Vorstand des Vereins besteht aus dem Vorsitzenden und zwei Stellvertretern, die den Verein gerichtlich und auÄ ergerichtlich jeweils allein vertreten. (â |)

Der Vorstand hat, bevor er f $\tilde{A}^{1/4}$ r den Verein Verpflichtungen eingeht, $\tilde{A}^{1/4}$ ber diese im Rahmen einer Vorstandssitzung zu beschlie \tilde{A} \square en. (\hat{a} \square !)

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung des Vereins auf die Dauer von drei Jahren (â□¦) gewählt. (â□¦) Zu Vorstandsmitgliedern können nur die Gründungsmitglieder oder ordentliche Mitglieder des Vereins gewählt werden.

Nach Beendigung der ordentlichen Mitgliedschaft im Verein endet auch das Amt eines Vorstandsmitgliedes. (â□¦) Die Abberufung des Vorstands im Sinne von § 27 Abs. 2 BGB kann nur aus wichtigem Grund erfolgen.

(â□¦)

§ 9 Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Vereinsorgan. (â□¦)

Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig:

â□□ Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes.

â ☐ Beschlussfassung ü ber Satzungsà ¤nderung. (â☐¦)

Beschl $\tilde{A}^{1/4}$ sse der Mitgliederversammlung sind grunds \tilde{A} xtzlich mit einfacher Mehrheit zu fassen. (\hat{a} |)

Die Mitgliederversammlung des Vereins wählte einen Vorsitzenden sowie zwei stellvertretende Vorsitzende, hierunter den Kläger. Die entsprechende Eintragung ins Vereinsregister erfolgte am 14.11.2013. Am 29.11.2013 beurkundete der Kläger als Vertreter des Vereins vor dem R2 in S1 die Grýndung der beigeladenen GmbH (Eintragung im Handelsregister B des Amtsgerichts Mannheim, 13.01.2014). In der sofort abgehaltenen Gesellschafterversammlung wurden er und E1 zu Geschäftsführern bestellt und hinsichtlich ihrer Vertretungsberechtigung auf den Gesellschaftsvertrag (Satzung) verwiesen. Der Gesellschaftsvertrag vom 02.12.2013 lautet auszugsweise wie folgt:

(â∐¦)

§ 2 Gegenstand

(1) Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Wideraufnahme des Linienflugbetriebs sowie die Einrichtung eines Bedarfsluftverkehrs zu festen Zeiten auf dem M1. (â□¦)

§ 3 Stammkapital

- (1) Das Stammkapital beträgt â□¬ 25.000,00 (â□¦)
- (2) Hierauf übernimmt der Verein zur Förderung der Wideraufnahme des Linienflugbetriebs auf dem Cityairport M1 e.V. in M1 einen Geschäftsanteil (â□¦) im Nennbetrag von â□¬ 25.000,00.

(â□¦)

§ 6 Geschäftsführung

- (1) Die GeschĤftsführer sind verpflichtet, die Weisungen der Gesellschafter zu befolgen, insbesondere eine von den Gesellschaftern aufgestellte GeschĤftsordnung zu beachten und von den Gesellschaftern als zustimmungspflichtig bezeichnete GeschĤfte nur mit deren Zustimmung vorzunehmen.
- (2) Die Geschäftsführer bedürfen zu folgenden Rechtsgeschäften und MaÃ□nahmen der vorherigen Zustimmung des Beirats (im Innenverhältnis): (â□¦)

§ 7 Vertretung

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern gemeinschaftlich oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.
- (2) Durch Gesellschafterbeschluss kann einzelnen GeschĤftsführern die Befugnis zur Alleinvertretung und die Befreiung von den BeschrĤnkungen des <u>§ 181 BGB</u> erteilt werden.

§ 8 Beirat

- (1) Die Gesellschaft hat einen Beirat. (â□¦)
- (2) Dem Beirat stehen alle Aufgaben und Rechte zu, die ihm durch das Gesetz, den Gesellschaftsvertrag oder in sonstiger Weise zugewiesen werden. Er hat insbesondere die Gesch \tilde{A} xftsf \tilde{A} $\frac{1}{4}$ hrung zu beraten und zu \tilde{A} $\frac{1}{4}$ berwachen. (\hat{a} \square !)

In der Folgezeit stellte der Kläger der A1 GmbH eine monatliche, als â□□Honorarâ□□ bezeichnete Vergütung für die Tätigkeit als Geschäftsführer in Höhe von 2.500,00 â□¬ nebst Umsatzsteuer in Rechnung. Am 28.07.2015 erfolgte der Eintrag über die Abberufung des Klägers als Geschäftsführer der beigeladenen GmbH ins Handelsregister.

Mit Bescheid vom 13.12.2018 â∏ gerichtet an die Beigeladene, dem Kläger bekanntgegeben â∏ teilte die Beklagte mit, die sich aus einer für den Prüfzeitraum vom 13.01.2014 bis 31.12.2017 stichprobenweise durchgeführten Betriebsprüfung ergebende Nachforderung betrage insgesamt 32.023,72 â∏¬. In der Nachforderung seien Säumniszuschläge in Höhe von 10.664,50 â∏¬ enthalten. Die Beklagte führte zur Begrþndung aus, im Rahmen der Betriebsprüfung sei der sozialversicherungsrechtliche Status des Klägers als ehemaliger Fremdgeschäftsführer der Beigeladenen überprüft worden. Der Kläger sei kapitalmäÃ∏ig nicht an der Gesellschaft beteiligt gewesen. Er sei daher als Fremdgeschäftsführer zwingend der Kontrolle der Gesellschafter der GmbH unterlegen, die die maÃ∏gebliche Rechtsmacht besessen hätten. Dies habe Sozialversicherungspflicht in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung, nach

dem Recht der ArbeitsfĶrderung sowie auch die Umlagepflicht zur Insolvenzgeldumlage zur Folge. Für Beiträge und Beitragsvorschüsse, die der Arbeitgeber nicht bis zum Ablauf des FĤlligkeitstages gezahlt habe, sei fļr jeden angefangenen Monat der SĤumnis ein SĤumniszuschlag in HĶhe von 1 v.H. zu zahlen (§Â 24 Abs. 1 Viertes Buch Sozialgesetzbuch [SGB IV]). Für Beiträge aufgrund einer Betriebsprüfung gelte dies nach <u>§ 24 Abs. 2 SGB IV</u> nicht, soweit der Arbeitgeber unverschuldet keine Kenntnis von der Zahlungspflicht gehabt habe. Unklarheiten hinsichtlich der versicherungs- und beitragsrechtlichen Beurteilung der ErwerbstÄxtigkeit des KlÄxgers hÄxtten im Einzugsstellen- und/oder Anfrageverfahren zweifelsfrei geklAzrt werden kAnnen. Der Arbeitgeber habe sich sorgfĤltig über die Rechtslage zu informieren und gegebenenfalls kundigen Rat einzuholen sowie im Zweifel die zustÄxndige Einzugs- bzw. Clearingstelle einzuschalten. Dies sei in der Vergangenheit nicht praktiziert worden. Der Anlage â∏Berechnung der Beiträgeâ∏ zum Bescheid ist zu entnehmen, dass sich die Nachforderung von SozialversicherungsbeitrÄxgen auf einen BeschÄxftigungszeitraum vom 13.01.2014 bis 28.07.2015 bezieht.

Der KlĤger und die Beigeladene legten hiergegen am 04.01.2019 bzw. 08.01.2019 Widerspruch ein und führten zur BegrÃ⅓ndung aus, der Kläger sei kein klassischer FremdgeschäftsfÃ⅓hrer gewesen. Er habe vielmehr als Vorstandsmitglied des Trägervereins der GmbH diese selbst gegrÃ⅓ndet und das Unternehmen daher nach eigenem GutdÃ⅓nken geleitet. Aufgrund seiner Tätigkeit als Vorstand des Trägervereins habe seiner Tätigkeit fÃ⅓r die GmbH angesichts der Rechtsmachtverteilung auch nicht ohne seine Zustimmung jederzeit ein Ende gesetzt werden können. Die Erteilung von Weisungen an die GeschäftsfÃ⅓hrer der Beigeladene habe aufgrund der Stellung des Klägers im Trägerverein zwingend dessen Zustimmung bedurft, so dass schon deshalb eine Selbstständigkeit zu bejahen sei.

Mit ̸nderungsbescheid vom 16.07.2019 berichtigte die Beklagte daraufhin eine im angefochtenen Bescheid unterlaufene Doppelberücksichtigung des Entgelts für Januar 2015, wodurch sich die Nachforderung auf 30.547,47 â∏¬ (davon 10.184,50 â∏¬ Säumniszuschläge) reduzierte. Im Ã∏brigen wies der Widerspruchsausschuss der Beklagten den Widerspruch mit Widerspruchsbescheiden vom 14.05.2020, jeweils gerichtet an den Kläger und die Beigeladene, zurück. GemäÃ∏ <u>§ 2 Abs.</u> 2 Nr. 1 SGB IV seien in allen Zweigen der Sozialversicherung nach Ma̸gabe der besonderen Vorschriften Personen versichert, die gegen Arbeitsentgelt oder zu ihrer Berufsausbildung beschÄxftigt seien. BeschÄxftigung in diesem Sinne sei nach §Â 7 SGB IV die nicht selbstständige Arbeit, insbesondere in einem Arbeitsverhältnis. Beschäftigter sei, wer von einem Arbeitgeber persönlich abhängig sei. Bei der Beschäftigung in einem fremden Betrieb sei dies der Fall, wenn der BeschĤftigte in den Betrieb eingegliedert sei und dabei einem Zeit, Dauer, Ort und Art der Arbeitsausfļhrung umfassenden Weisungsrecht des Arbeitgebers unterliege. Diese Weisungsgebundenheit könne â∏⊓ vornehmlich bei Diensten höherer Art â∏∏ eingeschränkt und zur â∏∏funktionsgerecht dienenden Teilhabe am Arbeitsprozessâ□□ verfeinert sein. Demgegenüber werde eine selbststĤndige TĤtigkeit durch das Unternehmerrisiko, das Vorhandensein einer eigenen BetriebsstÄxtte, die VerfļgungsmĶglichkeit ļber die eigene

Arbeitskraft und die im Wesentlichen frei gestaltete TĤtigkeit und Arbeitszeit gekennzeichnet. Bei der Beurteilung, ob jemand abhAxngig beschAxftigt oder selbststĤndig tĤtig sei, sei darauf abzustellen, welche Merkmale ļberwĶgen. MaÃ⊓gebend sei stets das Gesamtbild der Arbeitsleistung, das sich nach den tatsÃxchlichen VerhÃxltnissen bestimme. TatsÃxchliche VerhÃxltnisse in diesem Sinne seien die rechtlich relevanten UmstĤnde, die im Einzelfall eine wertende Zuordnung zum Typus der abhäxngigen Beschäxftigung erlaubten. Hierzu gehä¶re unabhängig von ihrer Ausübung auch die einem Beteiligten zustehende Rechtsmacht. Maà geblich sei die Rechtsbeziehung, so wie sie praktiziert werde, und die praktizierte Beziehung, so wie sie rechtlich zuläxssig sei. Bei der statusrechtlichen Beurteilung sei auf die jeweils zustehende abstrakte Rechtsmacht abzustellen. Der FremdgeschĤftsfļhrer einer GmbH sei weder aufgrund seiner Organstellung noch deshalb von einer abhĤngigen BeschĤftigung ausgeschlossen, weil er gegenüber Arbeitnehmern der GmbH Arbeitgeberfunktionen ausļbe. Denn auch wer Arbeitgeberfunktionen ausļbe, könne seinerseits bei einem Dritten persönlich abhängig beschäftigt sein. Ma̸gebend sei vor allem die Bindung des Geschäftsführers an das willensbildende Organ, in der Regel die Gesamtheit der Gesellschafter. Insoweit sei von besonderer Bedeutung, ob ein GeschĤftsfļhrer gleichzeitig Gesellschafter sei, aufgrund seiner Gesellschafterstellung ma̸geblichen Einfluss auf die Willensbildung der GmbH habe und damit BeschlA¼sse und Einzelweisungen an sich jederzeit verhindern kĶnne. Darļber hinaus sei von Bedeutung, ob der Einfluss des GeschĤftsfļhrers auf die Willensbildung der GmbH aufgrund besonderer EinzelumstĤnde unabhĤngig von seiner Gesellschafterstellung so erheblich sei, dass ihm nicht genehme BeschlA¼sse und jede Weisung ausgeschlossen seien und er die GeschĤfte nach eigenem Gutdļnken fļhren könne. Ohne den Besitz von Geschäftsanteilen an der beigeladenen GmbH habe dem KlĤger gegenüber indes ein grundsätzliches Bestimmungsrecht durch deren Gesellschafter bestanden. Hieran Axndere auch der Umstand, dass er in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des FĶrdervereins Einfluss auf die GmbH habe nehmen kA¶nnen, nichts.

Am 18.06.2020 hat der KlĤger Klage beim Sozialgericht Mannheim (SG) erhoben und zur Begründung vorgetragen, auf Betreiben verschiedener Unternehmen aus der R1-Region sei 2013 vom Verein zur FĶrderung der Wiederaufnahme des Linienflugbetriebs auf dem M1 e.V. die beigeladene GmbH gegründet worden. Er sei als Gründungsmitglied und alleinvertretungsberechtigter Vorstand des Vereins sowie gleichzeitiger GeschĤftsfļhrer des Tochterunternehmens des Vereins rechtlich und tatsÄxchlich weisungsfrei im Tochterunternehmen tÄxtig gewesen. Nach der Fortentwicklung der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) zur Statusbeurteilung von GeschĤftsführern einer GmbH durch die Urteile vom 07./08.07.2020 sei die Frage, ob eine Mehrheitsbeteiligung an der Gesellschaft vorliege, nicht mehr der entscheidende Punkt. Die Rechtsmacht des Geschäftsführers in der Gesellschaft könne auch daraus resultieren, dass der GeschĤftsfļhrer kraft seiner Stellung in einer anderen Gesellschaft in der Lage sei, Einfluss auf den Inhalt von GesellschafterbeschlA¼ssen der von ihm geführten Gesellschaft zu nehmen. Die Mitglieder des Vereins könnten den Vorstand zwar abberufen, aber, solange dieser Vorstand sei, keinerlei Einfluss auf

seine TÃxtigkeit in der Gesellschafterversammlung des Tochterunternehmens ausüben.

Â

Die Beklagte ist der Klage entgegengetreten und hat ergĤnzend darauf hingewiesen, das Amt, welches der KlÄxger im FĶrderverein innegehabt habe, könne keinen Einfluss auf die sozialversicherungspflichtige Beurteilung der TÃxtigkeit als GeschÃxftsführer der Beigeladenen haben. Denn andernfalls würde ein eventuelles Ausscheiden aus dem Amt im Förderverein oder selbst eine Neuregelung der dortigen Kompetenzen zu einer unmittelbaren ̸nderung der sozialversicherungsrechtlichen Beurteilung des GeschĤftsfļhrers der Beigeladenen führen. Der Vorstand des Trägervereins habe im Auftrag der Vereinsmitglieder als ausübendes Organ den Vereinszweck zu verfolgen gehabt. Ein Handeln des Vorstands nach Gutdünken sei nicht möglich. Den Vereinsmitgliedern stehe auch die Möglichkeit offen, eine auÃ∏erordentliche Mitgliederversammlung zu erzwingen und durch Mitgliederbeschluss den Vorstand durch Vorgaben zu binden bzw. sogar Neuwahlen zu erzwingen. § 34 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) schlieÃ∏e eine Stimmberechtigung des betroffenen Vereinsmitglieds sogar aus, wenn die Beschlussfassung die Vornahme eines ihn und den Verein betreffenden RechtsgeschĤfts betreffe. Darļber hinaus sei der KlĤger lediglich stellvertretender Vorsitzender in einem aus insgesamt drei Personen bestehenden Vorstand des Trägervereins gewesen. Ihm sei es damit trotz seines Amtes in dem Verein nicht må¶glich gewesen, så¤mtliche ihm nicht genehme Weisungen zu verhindern.

Mit Beschluss vom 10.02.2021 hat das SG die A1 GmbH gemäÃ∏ <u>§ 75 Abs. 2</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) zum Rechtsstreit beigeladen. Die Beigeladene hat ausgeführt, der Kläger sei zu keinem Zeitpunkt eine in einem fremden Unternehmen tätige abhängig beschäftigte Person gewesen. Ohne seine Zustimmung seien eine Absetzung als Mitgeschäftsführer und eine Beendigung des Geschäftsführervertrags nicht möglich gewesen.

Das SG hat die Klage mit Urteil vom 09.09.2021 abgewiesen. Die Beklagte habe zutreffend festgestellt, dass der KlĤger in seiner TĤtigkeit für die Beigeladene im Zeitraum vom 13.01.2014 bis 28.07.2015 in einem sozialversicherungspflichtigen BeschÄxftigungsverhÄxltnis gestanden habe, und die hierfür anfallenden Sozialversicherungsbeiträge nebst den dem Grunde und der Höhe nach den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Säumniszuschlägen nachgefordert. Zwar habe das BSG u.a. mit Urteil vom 08.07.2020 (B 12 R 2/19 R) entschieden, eine abhängige Beschäftigung eines GeschĤftsfļhrers einer GmbH kĶnne auch kraft seiner Stellung als Gesellschafter einer anderen Gesellschaft ausgeschlossen sein, wenn die Rechtsmacht des GeschĤftsfýhrers im Gesellschaftsrecht wurzele, durch Gesellschaftsvertrag geregelt sei und unmittelbar auf das zu beurteilende RechtsverhÄxltnis durchschlage. Ein Verein sei jedoch keine Gesellschaft. Gesellschaftsrechtlich begrļndete Rechtsmacht kĶnne dem Vorstandsmitglied eines Vereins daher schon aus diesem Grunde nicht zukommen. So sei der KlĤger zwar gemäÃ∏ § 7 der Satzung des Trägervereins für drei Jahre gewählt und das Recht der Mitgliederversammlung zu seiner Abberufung im Sinne von § 27

Abs. 2 BGB war auf den Fall eines wichtigen Grundes beschrämnkt worden. Das Amt eines Vorstandsmitglieds ende jedoch auch nach Beendigung der ordentlichen Mitgliedschaft im Verein. Die Mitgliedschaft betrage gemäÃ∏ § 4 der Satzung mindestens zwĶlf Monate und verlĤngere sich jeweils um weitere zwĶlf Monate, wenn diese nicht vom Vereinsvorstand durch Mehrheitsbeschluss oder vom Mitglied gekündigt werde. AuÃ∏er durch Kündigung ende die Mitgliedschaft u.a. bei Ausschluss aus dem Verein. Handele ein Mitglied den Zwecken des Vereins zuwider oder sei es mit dem Mitgliedsbeitrag trotz zweifacher Mahnung in Verzug, so könne der Vorstand den sofortigen Ausschluss des Mitglieds â∏∏ mit der Folge des Verlusts seines Amtes im Vorstand â∏ beschlieÃ∏en. Der Vorstand des Vereins wiederum bestehe gemäÃ∏ §Â 7 der Satzung aus dem Vorsitzenden und zwei Stellvertretern, die jeweils alleinvertretungsberechtigt seien. Auch oblĤgen sämtliche Geschäfte, laufende Verwaltung sowie die Durchführung sämtlicher Vereinsangelegenheiten dem Vorstand. Der Vorstand habe, bevor er für den Verein Verpflichtungen eingehe, über diese im Rahmen einer Vorstandssitzung zu beschlie̸en. Für die Stellung des Klägers im Trägerverein der Beigeladenen ergebe sich aus diesen Bestimmungen der Satzung des TrĤgervereins Folgendes: Zum einen sei der KlĤger schon deshalb nicht etwa mit dem Mehrheitsgesellschafter einer Muttergesellschaft zu vergleichen, weil er eben nicht eine gesellschaftsvertraglich begründete Rechtsmacht in einer Muttergesellschaft besessen habe, sondern lediglich ein Vorstandsamt in einem Verein, der letztlich von den die Mitgliederversammlung bildenden Mitgliedern getragen werde. Nicht der KlÄzger allein habe den Entschluss gefasst und umgesetzt, eine Wiederaufnahme des Linienflugbetriebes auf dem Flugplatz in Mannheim zu ermöglichen, sondern eine Reihe von Gesellschaftern, darunter nicht nur natürliche Personen, sondern auch an einem solchen Flugbetrieb interessierte Unternehmen aus dem Rhein-Neckar-Raum. In letzter Konsequenz sei der KlĤger in seiner Stellung als GeschĤftsfļhrer der Beigeladenen damit von der den Mitgliedern des TrĤgervereins zustehenden Rechtsmacht abhĤngig. Selbst wenn man die von der Satzung des Vereins ausgeformte starke Stellung des Vorstandes des Trägervereins gegenüber der Mitgliederversammlung als weitgehende Weisungsfreiheit interpretiere, Ĥndere sich im Ergebnis nichts an der Stellung des KIägers als abhängig beschäftigt. Der KIäger sei nämlich nur eines von drei Vorstandsmitgliedern gewesen. Mangels abweichender konkreter Regelungen sei ihm damit bei der Beschlussfassung innerhalb des Vorstandes des TrĤgervereins lediglich ein Gewicht von einem Drittel zugekommen, er habe somit jederzeit von den beiden anderen Mitgliedern des Vereinsvorstandes überstimmt werden kA¶nnen. Weisungen aufgrund einer Mehrheitsentscheidung im Vorstand des Trägervereins gegenüber ihm als Geschäftsführer der Beigeladenen habe der KIäger also nicht verhindern können, ebenso wenig seine Abberufung aus wichtigem Grund oder auch den Ausschluss aus dem TrÄxgerverein mit der Folge des Wegfalls des Vorstandsamtes unter den oben beschriebenen, in der Satzung geregelten Voraussetzungen.

Gegen das seinem ProzessbevollmĤchtigten am 27.09.2021 zugestellte Urteil hat der KlĤger am 22.10.2021 Berufung beim Landessozialgericht (LSG) Baden-Württemberg eingelegt und zur Begründung ausgeführt, es sei völlig unerheblich, dass das Amt eines Vorstandsmitgliedes nach der Beendigung der

Mitgliedschaft im Verein ende. Auch eine Gesellschafterstellung könne jederzeit enden und in entsprechenden Fällen auch gegen den Willen des Gesellschafters. Weisungen aufgrund einer Mehrheitsentscheidung im Vorstand habe er dadurch verhindern können, dass er diese Weisung im selben Augenblick schlicht aufgehoben habe. Der Vorstand habe nur Vorstandsbeschlüsse fassen können und mÃ⅓ssen, sofern er Verpflichtungen fþr den Verein eingegangen sei. Solange der Kläger Vorstandsmitglied gewesen sei, habe er eine rechtliche Stellung innegehabt, die zwar nicht gesellschaftsrechtlich, jedoch körperschaftsrechtlich vermittelt und die einem Mehrheitsgesellschafter einer Muttergesellschaft völlig vergleichbar gewesen sei.

Der KlĤger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 09.09.2021 sowie den Bescheid der Beklagten vom 13.12.2018 in der Fassung des ̸nderungsbescheides vom 16.07.2019 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 14.05.2020 aufzuheben und festzustellen, dass die Tätigkeit des Klägers als Geschäftsführer bei der Beigeladenen im Zeitraum 13.01.2014 bis 28.07.2015 nicht der Versicherungspflicht in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung unterlag.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Die Beigeladene hat im Berufungsverfahren keinen Antrag gestellt.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Gerichts- und der beigezogenen Verwaltungsakten der Beklagten Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

Die Berufung des KlĤgers ist unbegründet.

- 1. Die gemÃxÃ $^{\textstyle \hat{A}} \frac{\hat{A}}{8} \frac{151 \hat{Abs.}}{155} \frac{1}{\text{SGG}}} form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist zulÃ<math>x$ ssig. Sie ist auch statthaft. Ein Ausschlussgrund gemÃxÃ $^{\textstyle \hat{A}} \frac{\hat{A}}{2} \frac{\hat{A}}{2} \frac{144 \hat{Abs.}}{156} \frac{1}{\text{SGG}}} ist nicht gegeben.$
- 2. Die Berufung ist nicht begründet. Das SG hat die Klage zu Recht abgewiesen. Der Bescheid der Beklagten vom 13.12.2018 in der Fassung des Ã□nderungsbescheides vom 16.07.2019 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 14.05.2020 ist formell und materiell rechtmäÃ□ig und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten. Die Beklagte hat zu Recht festgestellt, dass der Kläger in seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der Beigeladenen im Zeitraum vom 13.01.2014 bis 28.07.2015 als abhängig Beschäftigter der Versicherungspflicht in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung unterlag. Dabei wendet sich der Kläger allein gegen die

Feststellung der Versicherungspflicht, nicht jedoch gegen die gegenüber der Beigeladenen festgesetzten Beiträge und Säumniszuschläge.

a) Rechtsgrundlage ist § 28p Abs. 1 SGB IV in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.11.2016. Danach prüfen die Träger der Rentenversicherung bei den Arbeitgebern, ob diese ihre Meldepflichten und ihre sonstigen Pflichten im Zusammenhang mit dem Gesamtsozialversicherungsbeitrag ordnungsgemäÃ☐ erfüllen; sie prüfen insbesondere die Richtigkeit der Beitragszahlungen und der Meldungen alle vier Jahre (Satz 1). Die Prüfung umfasst auch die Lohnunterlagen der Beschäftigten, für die Beiträge nicht gezahlt wurden (Satz 4). GemäÃ☐ § 28p Abs. 1 Satz 5 SGB IV erlassen die Träger der Rentenversicherung im Rahmen der Prüfung Verwaltungsakte zur Versicherungspflicht und Beitragshöhe in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung einschlieÃ☐lich der Widerspruchsbescheide gegenüber den Arbeitgebern.

Diese Befugnis der Beklagten schlieÄ tie Rechtsmacht ein, einen Verwaltungsakt mit Drittwirkung zu erlassen und damit rechtsgestaltend im Sinne von §Â 12 Abs. 2 Satz 2 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) in die RechtssphĤre des Arbeitnehmers (hier des KlĤgers) als Drittbetroffener einzugreifen. Die Beklagte kann somit entweder den an den Arbeitgeber gerichteten Bescheid gegenļber dem Drittbetroffenen mit dem Hinweis, dass dieser berechtigt sei, Rechtsbehelfe einzulegen, bekanntgeben. Sie kann aber ebenso unter Bezugnahme auf die Betriebsprüfung einen zwar formell, aber nicht materiell eigenständigen Bescheid gegenüber dem Drittbetroffenen erlassen (BSG 17.12.2014, B 12 R 13/13 R, SozR 4-2400 §Â 28p Nr. 4, SozR 4-2400 §Â 7 Nr. 23, Rn. 2; vgl. auch LSG Berlin-Brandenburg 12.08.2002, L 1 KR 66/02, juris; Scheer in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB IV, 4. Aufl. 2023, §Â 28p Rn. 241 ff. m.w.N.).

b) Versicherungspflichtig sind in der Krankenversicherung nach § 5 Satz 1 Nr. 1 Fýnftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V), in der Rentenversicherung nach § 1 Satz 1 Nr. 1 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI), in der Arbeitslosenversicherung nach § 25 Abs. 1 Satz 1 Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) und in der Pflegeversicherung nach § 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 Elftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) gegen Arbeitsentgelt beschäftigte Personen. Beschäftigung ist nach § 7 Abs. 1 Satz 1 SGB IV die nichtselbstständige Arbeit, insbesondere in einem Arbeitsverhältnis. GemäÃ∏ § 7 Abs. 1 Satz 2 SGB IV sind Anhaltspunkte für eine Beschäftigung eine Tätigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers.

Nach stĤndiger Rechtsprechung des BSG setzt eine BeschĤftigung voraus, dass der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber persĶnlich abhĤngig ist. Bei einer BeschĤftigung in einem fremden Betrieb ist dies der Fall, wenn der BeschĤftigte in den Betrieb eingegliedert ist und er dabei einem Zeit, Dauer, Ort und Art der Ausfļhrung umfassenden Weisungsrecht des Arbeitgebers unterliegt. Diese Weisungsgebundenheit kann â∏ vornehmlich bei Diensten hĶherer Art â∏ eingeschrĤnkt und zur â∏funktionsgerecht dienenden Teilhabe am Arbeitsprozessâ∏ verfeinert sein. Demgegenüber ist eine selbststĤndige

Tätigkeit vornehmlich durch das eigene Unternehmerrisiko, das Vorhandensein einer eigenen Betriebsstätte, die Verfügungsmöglichkeit über die eigene Arbeitskraft und die im Wesentlichen frei gestaltete Tätigkeit und Arbeitszeit gekennzeichnet. Ob jemand abhängig beschäftigt oder selbstständig tätig ist, richtet sich ausgehend von den genannten Umständen nach dem Gesamtbild der Arbeitsleistung und hängt davon ab, welche Merkmale überwiegen (st. Rspr., vgl. z.B. BSG 07.06.2019, <u>B 12 R 6/18 R</u>, juris Rn. 13 m.w.N.; zur VerfassungsmäÃ∏igkeit der anhand dieser Kriterien häufig schwierigen Abgrenzung zwischen abhängiger Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit: Bundesverfassungsgericht [BVerfG], Nichtannahmebeschluss 20.05.1996, <u>1 BvR 21/96</u>, juris Rn. 6).

Das Gesamtbild bestimmt sich nach den tatsAxchlichen VerhAxltnissen. TatsÄxchliche VerhÄxltnisse in diesem Sinne sind die rechtlich relevanten Umstände, die im Einzelfall eine wertende Zuordnung zum Typus der abhängigen BeschÄxftigung erlauben. Ob eine abhÄxngige BeschÄxftigung vorliegt, ergibt sich aus dem VertragsverhĤltnis der Beteiligten, so wie es im Rahmen des rechtlich ZulÄxssigen tatsÄxchlich vollzogen worden ist. Ausgangspunkt ist daher zunÄxchst das VertragsverhĤltnis der Beteiligten, so wie es sich aus den von ihnen getroffenen Vereinbarungen ergibt oder sich aus ihrer gelebten Beziehung erschlie̸en lässt. Eine im Widerspruch zu ursprünglich getroffenen Vereinbarungen stehende tatsÄxchliche Beziehung und die sich hieraus ergebende Schlussfolgerung auf die tatsÄxchlich gewollte Natur der Rechtsbeziehung geht der nur formellen Vereinbarung vor, soweit eine â∏∏ formlose â∏∏ Abbedingung rechtlich mĶglich ist. Umgekehrt gilt, dass die Nichtausļbung eines Rechts unbeachtlich ist, solange diese Rechtsposition nicht wirksam abbedungen ist. Zu den tatsÄxchlichen VerhÄxltnissen in diesem Sinne gehĶrt daher unabhÄxngig von ihrer Ausübung auch die einem Beteiligten zustehende Rechtsmacht. In diesem Sinne gilt, dass die tatsÄxchlichen VerhÄxltnisse den Ausschlag geben, wenn sie von Vereinbarungen abweichen. Ma̸gebend ist die Rechtsbeziehung, so wie sie praktiziert wird, und die praktizierte Beziehung, so wie sie rechtlich zulÄxssig ist (vgl. hierzu insgesamt BSG 11.11.2015, <u>B 12 R 2/14 R</u>, juris Rn. 22 m.w.N.).

Trotz seiner Organstellung gemäÃ∏ §Â 35 Abs. 1 GmbH-Gesetz ist ein GmbH-Geschäftsfþhrer grundsätzlich abhängig Beschäftigter (vgl. zur ständigen Rechtsprechung des BSG zum sog. â∏Fremdgeschäftsfþhrerâ∏ zuletzt etwa BSG 23.02.021, B 12 R 18/18 R, juris Rn. 15; BSG 19.09.2019, B 12 R 25/18 R, BSGE 129, 95-106 m.w.N.). Dies gilt auch, obwohl er regelmäÃ∏ig bestimmendes Organ der Gesellschaft ist. Denn auf der gesellschaftsrechtlichen Ebene unterliegt er den Weisungen der Gesellschafterversammlung, die zwar nicht das Tagesgeschäft, aber die gesellschaftsrechtlichen und damit unternehmerischen Geschicke der GmbH bestimmen (vgl. hierzu §Â§ 6 Abs. 3, 37 Abs. 1, 46 Nr. 5 und 6 GmbHG). Dass GeschäftsfÃ⅓hrer im Hinblick auf das tägliche Geschäft von den Gesellschaftern keine Weisungen erhalten, entspricht ihrer vorgegebenen Stellung im Unternehmen. Die Position eines GmbH-GeschäftsfÃ⅓hrers kann sich jedoch dann ändern, wenn er in seiner gleichzeitigen Eigenschaft als Mitgesellschafter auch maÃ∏geblichen Einfluss auf die Willensbildung der GmbH hat und damit Einzelweisungen, die an ihn in seiner Eigenschaft als GeschäftsfÃ⅓hrer gerichtet

sind, im Bedarfsfalle jederzeit verhindern kann. So liegt ein abhĤngiges BeschĤftigungsverhĤltnis nicht vor, wenn der GeschĤftsfļhrer an der Gesellschaft beteiligt ist und allein oder jedenfalls mit Hilfe seiner Gesellschafterrechte die fļr das BeschĤftigungsverhĤltnis typische Abhängigkeit vermeiden kann (z.B. BSG 24.09.1992, 7 RAr 12/92, juris Rn. 18). Ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis ist daher vom BSG verneint worden, wenn der Geschäuftsfä-4hrer Alleingesellschafter ist (BSG 25.01.2006, B 12 KR 30/04 R, juris Rn. 23 m.w.N.), wenn der GeschAxftsfA¼hrer A¼ber die HAxIfte des Stammkapitals der Gesellschaft verfA¹/₄gt (BSG 17.05.2001, B 12 KR 34/00 R, juris Rn. 15) und wenn der GeschĤftsführer über eine qualifizierte Sperrminorität verfügt, um ihm nicht genehme Weisungen der Gesellschaft zu verhindern (z.B. BSG 23.02.2021, B 12 R 18/18 R, juris Rn. 15; BSG 14.03.2018, B 12 KR 13/17 R, juris Rn. 21 m.w.N.). Diese GrundsÃxtze gelten selbst dann, wenn alle Gesellschafter der GmbH zugleich GeschAxftsfA1/4hrer sind (BSG 04.07.2007, B 11a AL 5/06 R, juris). Bei Fehlen einer (maà geblichen) Unternehmensbeteiligung in diesem Sinne hat die Rechtsprechung des BSG bereits früher eine abhängige BeschÄxftigung nur in sehr begrenzten EinzelfÄxllen angenommen, etwa bei Familienunternehmen (sog. â∏Kopf und Seeleâ∏-Rechtsprechung). Diese Rechtsprechung hat der fÃ¹/₄r Statusentscheidungen zuständige 12. Senat des BSG inzwischen zu Gunsten einer streng am Vorliegen von Rechtsmacht orientierten Normanwendung aufgegeben. Eine vom rein faktischen, nicht rechtlich gebundenen und daher jederzeit Ĥnderbaren Verhalten der Beteiligten abhĤngige Statuszuordnung sei mit dem Erfordernis der Vorhersehbarkeit sozialversicherungsund beitragsrechtlicher TatbestÄxnde nicht vereinbar (BSG 29.07.2015, B 12 KR 23/13 R und B 12 R 1/15 R, juris Rn. 26, 30, sowie BSG 11.11.2015, B 12 KR 10/14 R , juris Rn. 31).

Vorliegend war der Kläger im streitigen Zeitraum nicht Gesellschafter der Beigeladenen, sondern lediglich ein (stellÂverÂtretendes) Vorstandsmitglied (von insgesamt dreien) des (einzigen) Gesellschafters. Auch an der Gesellschafterin, dem Verein, war er nicht beteiligt. Er verfýgte mithin ýber keinerlei Kapitalbeteiligung an der beigeladenen GmbH sowie dem Gesellschafter (Verein) und trug damit auch keinerlei unternehmenstypisches Risiko. Er war damit nicht in seinem â∏eigenenâ∏ Unternehmen, sondern einem fremden Betrieb tätig. Er war in den Betrieb der Beigeladenen in funktionsgerecht dienender Teilhabe eingliedert. Eine gesellschaftsÂrechtliche Position, mit der er fremde Weisungen von sich in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der GmbH verhindern hätte können, hatte der Kläger damit nicht inne (so auch Schleswig-Holsteinisches LSG 24.02.2010, LÂ 5 KR 3/09, juris Rn. 26).

So war zunächst die grundlegende Entscheidungsbefugnis des Gesellschafters in Geschäftsführungsangelegenheiten nicht beschränkt. Der Gesellschaftsvertrag enthält keine Bestimmung, die Einzelweisungen an den Geschäftsführer durch Gesellschafterbeschluss untersagt. Vielmehr war der Kläger nach § 6 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages satzungsrechtlich verpflichtet, den Weisungen der Gesellschafter Folge zu leisten. Darüber hinaus wurde die Tätigkeit des Geschäftsführers gemäÃ§ 8 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages vom Beirat überwacht, welcher den in § 6 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages beschriebenen

RechtsgeschĤften und MaÄ nahmen zustimmen musste. Damit war der KlĤger im hier streitigen Zeitraum nach der insoweit eindeutigen Rechtsprechung des BSG (vgl. oben) als FremdgeschĤftsfļhrer abhĤngig beschĤftigt und nicht selbststĤndig tĤtig, da er ihm nicht genehme Weisungen der Gesellschaft nicht verhindern konnte.

Hieran Ãxndert auch seine Position als stellvertretendes Vorstandsmitglied des Gesellschafters nichts. Der Vorstand des Gesellschafters (Verein) ist nicht dessen einziges notwendiges Organ, sondern von einem anderen Organ abhängig (vgl. BSG 23.02.2021, <u>B 12 R 15/19 R</u>, BSGE 131, 266). Auch wenn der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)er nach der Vereinssatzung berechtigt war, den Verein gerichtlich und auÄ∏ergerichtlich allein zu vertreten, ist oberstes und zwingend notwendiges Beschlussorgan eines eingetragenen Vereins die Mitgliederversammlung (vgl. § 9 der Vereinssatzung; §Â§ 27 Abs. 1 und 2, 36, 37 BGB). Durch ihren Beschluss erfolgt die im Grundsatz jederzeit widerrufliche Bestellung des Vorstandes (vgl. Â§Â 32, §Â 27 Abs. 1 und 2 BGB). Auch wenn die Abberufung des Vorstands vorliegend in § 7 Abs. 6 Satz 3 der Vereinssatzung auf den Fall beschrÄxnkt wurde, dass ein wichtiger Grund hierfür vorliegt, kann der Kläger eine Abberufung in diesem Fall nicht verhindern, da er in der Mitgliederversammlung keine Mehrheit hat. Weiterhin ist zu beachten, dass der Vorstand eines Vereins, vorliegend bei der AusA¹/₄bung der Rechte und Pflichten als Gesellschafter der beigeladenen GmbH, nicht nach eigenem Gutdünken frei schalten und walten kann, sondern an den von der Mitgliedversammlung vorgegebenen Vereinszweck gebunden ist (vgl. <u>§Â 27 BGB</u>; ferner zu <u>§Â 27 Abs. 3 BGB</u> bei einer Stiftung BSG 23.02.2021, <u>B 12 R 15/19 R</u>, BSGE 131, 266). Hinzu kommt, dass neben dem KlAzger dem Vorstand des Gesellschafters noch ein Vorsitzender und ein weiterer Stellvertreter angehĶrten. GemäÃ∏ <u>§Â 28</u> i.V.m. <u>§Â 32 Abs. 1 Satz 3 BGB</u> entscheidet bei der Beschlussfassung des Vorstandes die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, so dass der KlĤger als ein Vorstandsmitglied im Vorstand ýber keine Mehrheit verfügte. Auch ist kein Grund ersichtlich, warum die beiden â∏ ebenso wie der Kläger â∏ im AuÃ∏enverhältnis allein vertretungsberechtigten Vorsitzenden des Vereins nicht in der Lage gewesen sollten, ihre Vertretungsrechte für den Alleingesellschafter der Beigeladenen wahrzunehmen. Unter diesen UmstĤnden unterscheidet sich die vorliegende Konstellation ma̸geblich von der statusrechtlichen Beurteilung von GeschAxftsfA¼hrern einer GmbH, die mit jeweils 50 v.H. am Kapital der Gesellschaft beteiligt sind und kraft ihrer Kapitalbeteiligung und gesellschaftsrechtlichen Stellung ihnen nicht genehme Weisungen verhindern können (BSG 04.04.2018, <u>B 12 KR 51/17 B</u>, juris Rn. 18).

SchlieÄ lich wird die Annahme von BeschÄ ftigung durch die Ausgestaltung der GeschÄ ftsfÄ hrertÄ tigkeit bestÄ tigt. So erhielt der KlÄ ger insbesondere unabhÄ ngig vom wirtschaftlichen Erfolg der GmbH eine feste MonatsvergÄ htung nebst Reisekosten- und Fahrtkostenerstattung. Å Å

Der Kläger ist auch nicht versicherungsfrei in den Zweigen der Sozialversicherung. Denn er erhielt fýr seine Tätigkeit bei der Beigeladenen ein Arbeitsentgelt von ca. 2.500,00 â \Box ¬ monatlich und lag damit ýber der Grenze der Entgeltgeringfýgigkeit von 450,00 â \Box ¬ (vgl. <u>§ 8 Abs. 1 SGB IV</u> in der Fassung

vom 05.12.2012).

- 3. Die Kostenentscheidung folgt aus § 193 SGG.
- 4. Die Revision war nicht zuzulassen, da Gr $\tilde{A}^{1/4}$ nde hierf $\tilde{A}^{1/4}$ r (vgl. $\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs. 2 SGG}}{100 \text{ Nicht vorliegen}}$

Â

Erstellt am: 23.06.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024